

POLITISCHER HINTERGRUNDBERICHT

Projektland: Togo

Datum: 21. Mai 2015

Präsidentenwahlen in Togo – Familie Gnassingbé bleibt an der Macht

Im westafrikanischen „Superwahljahr“ 2015 wählten am 25. April in Togo 3,5 Millionen registrierte Wahlberechtigte ihren Präsidenten. Sieben Tage später, am 03. Mai, erklärte das Verfassungsgericht Faure Gnassingbé mit 58,77 Prozent der Stimmen zum Präsidenten. Auf seinen stärksten Mitbewerber, Jean-Pierre Fabre (CAP 2015, Combat pour l’Alternance Politique en 2015), entfielen 35,19 Prozent. Drei weitere Kandidaten erhielten 4,03 Prozent (Aimé Gogué), 1,03 Prozent (Gerry Taama) und 0,9 Prozent (Mohamed Tchassona Traoré) der Stimmen.

Auf die Veröffentlichung erster vorläufiger Ergebnisse durch die *Commission Electorale Nationale Indépendante (CENI)* reagierte CAP 2015 mit Wut und Empörung. Zwar gewann Fabre im Vergleich zu den letzten Präsidentenwahlen 3 Prozent der Stimmen hinzu, aber die Ergebnisse des Datenzentrums der CAP würden nicht mit denen der CENI übereinstimmen, hieß es. CAP sprach von Wahlbetrug, Wahlputsch und von einem Verbrechen gegen die nationale Souveränität. Beschwerde beim Verfassungsgericht wurde nicht eingereicht, weil nach Aussagen des Kandidaten Fabre, das Gericht nicht unabhängig sei.

Ausgerechnet der ghanaische Präsident John Mahama, der sich bei der Präsidentenwahl 2012 in Ghana selbst mit Vorwürfen des Wahlbetrugs von seinem stärksten Oppositionskandidaten, Nana Akufo-Addo, auseinandersetzen hatte, erschien in Lomé, um die Lage zu entspannen. Als Chairman der *Economic Community of West African States (ECOWAS)* rief er die Bevölkerung und die Wahlverantwortlichen auf, die Ergebnisse der Wahlurnen zu akzeptieren und eine „friedliche Stimmung“ zu bewahren, damit sich die Ereignisse der Jahre 2005 und teilweise auch 2010 nicht wiederholen. Im Jahre 2005 starben nach den togoischen Präsidentenwahlen hunderte Menschen bei Auseinandersetzungen

mit der Polizei. Auch die letzten Präsidentschaftswahlen im Jahre 2010 verliefen nicht gewaltfrei.

Togo durchläuft seitdem einen noch längst nicht abgeschlossenen Prozess der nationalen Versöhnung. Auch Diplomaten und internationale Beobachter warnten, die vermeintlich friedliche Atmosphäre nicht zu gefährden und nicht in alte Muster zurückzufallen. CAP 2015 mobilisierte dennoch seine Anhänger, die Wahlergebnisse der CENI abzulehnen. Sie würden nicht den eigentlichen Willen der Bevölkerung widerspiegeln. Bisher blieben Unruhen allerdings aus, die öffentliche Meinung scheint sich dem Ergebnis überwiegend zu beugen.

Insgesamt überraschten der friedliche Ablauf und die gewaltlosen Reaktionen nach der Wahl. Mit dem Blick auf die Geschehnisse in den Monaten vor der Präsidentschaftswahl in Togo war zunächst zu bezweifeln, dass die Wahl ohne größere Zwischenfälle verlaufen würde. Bereits Mitte des Jahres 2014 kam es zu ersten, zum Teil sehr gewaltsamen Demonstrationen in Lomé, zu denen in der Hauptsache CAP 2015 und andere zivilgesellschaftliche Organisationen aufgerufen hatten. Wesentlicher Anlass für die Proteste war und ist die noch immer nicht erfolgte Umsetzung von institutionellen und konstitutionellen Reformen, wie sie 2006 im „*Accord Politique Global (APG)*“ von neun verschiedenen Parteien Togos festgehalten wurden, darunter auch die Regierungspartei des Präsidenten. Neben den auch von politischen Beobachtern für dringend erforderlich gehaltenen Reformen der togoischen Verwaltungen steht der Artikel 141 der Verfassung vom 14. Oktober 1992 im Mittelpunkt des Volkszorns. Dieser begrenzt die Amtszeit des Präsidenten grundsätzlich auf zwei Mandate, wurde aber durch den Vorgänger im Amt, den Vater des jetzigen Präsidenten, im Jahre 2002 aufgehoben. Auch die Abschaffung der einfachen Mehrheitswahl wurde grundsätzlich vereinbart. Ein politischer Wandel und damit ein Ende der Dynastie Gnassingbé im Jahre 2015 und eine bedeutungsvolle Wahl könnten nur mit den geforderten Reformen geschehen, hieß es. Die Opposition versuchte zusätzlich monatelang Gespräche über die Änderung des Wahlrechts, die Anzahl der Präsidentschaftsmandate und die Begrenzung der Amtsperioden des Präsidenten mit der Regierung zu führen. Togo und Gambia sind die einzigen Länder der ECOWAS, die keine Einschränkung der Amtszeiten eines Präsidenten vorsehen. Die Verhandlungen führten allerdings zu keinem Ergebnis.

Faure Gnassingbé konnte sich somit zum dritten Mal in Folge zum Präsidenten wählen lassen. Wie die Wahlergebnisse zeigen, ist es CAP wieder einmal nicht gelungen, die Wähler aus den ländlichen Regionen zu mobilisieren und auf ihre Seite zu bringen. Die Hochburgen des Präsidenten befinden sich nach wie vor im Norden des Landes und außerhalb der Hauptstadt Lomé. Vielmehr konnte Faure

Gnassingbé auch Stimmen aus den traditionellen, südlichen Oppositionshochburgen dazugewinnen. Seit den gewaltsamen Ausbrüchen nach den Präsidentschaftswahlen 2005 konzentrierte sich die Regierungspartei hauptsächlich darauf, für die Wählerschaft aus dem Süden attraktiver zu werden. Gemäß einem Bericht des *Centers for Research and Opinion Polls (CROP)* vom Februar 2014 war absehbar, dass sich die Stimmung gegenüber der Opposition in ihren Hochburgen im Süden verschlechtern würde. Außerdem empfahl das Dokument, dass die Parteien ihre Wahlkampagnen inhaltlich besser gestalten sollten. Bürger würden Kandidaten häufig nach ethnischer Zugehörigkeit wählen, hieß es in dem Bericht. Die politische Klasse, insbesondere die Parteien, sollten sich verstärkt ihrer Verantwortung stellen, um diese ethnischen Divergenzen zu überwinden.

Blick in die Zukunft

Ein Abschied von der Macht der Familie Gnassingbé ist auch nach nunmehr 49 Jahren noch immer nicht in Sicht. Nach der Wahl steht vielmehr fest, dass die Regierungsgewalt in einem der ärmsten Länder der Welt über mehr als ein halbes Jahrhundert in den Händen einer Familie verbleiben wird. Die Herrschaft wurde damit unter dem Siegel demokratischer Legitimität vom Vater auf den Sohn übertragen.

Der Tenor der internationalen Gemeinschaft zur demokratischen Entwicklung Togos war in den letzten Jahren allerdings überwiegend positiv. Viele Geberländer, darunter auch Deutschland, nahmen die Entwicklungshilfe für Togo im Jahr 2012 wieder auf. Die Weltbank macht zwar deutlich, dass 60 Prozent der togoischen Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze leben¹ und Togo somit noch immer eines der ärmsten Länder der Welt ist. Auch kann noch nicht von einer Wiederherstellung eines sozialen Friedens als Voraussetzung für eine dauerhafte innenpolitische Stabilität gesprochen werden. Nach Jahrzehnten repressiven Regierens und gewaltbereiten Verhaltens der Polizei und des Militärs ist nur eine vermeintliche Ruhe eingeleitet. Die nach den Ereignissen in Burkina Faso Ende Oktober 2014 kurzzeitig aufgeflackerte Euphorie hat sich sehr schnell wieder den politischen Realitäten ergeben. Zu allmächtig und strukturell dominant beherrschen die Mitglieder der politischen Elite um die Familie Gnassingbé das wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Leben des kleinen westafrikanischen Landes. Alle Initiativen alternativer Parteigruppierungen oder zivilgesellschaftlicher Organisationen scheiterten entweder an übertriebenen egoistischen Machtmotiven oder an der noch immer stabilen Mauer des etablierten Machtapparates.

¹ <http://data.worldbank.org/country/togo>.

Der Präsident wird all seine Kraft und die ihm per Verfassung zuerkannte Macht einbringen müssen, um die völlig zerstrittene politische Klasse des Landes zu einen. Trotz erster, durchaus sichtbarer wirtschaftlicher Erfolge, sieht sich der wiedergewählte Präsident als „Erbprinz“ noch immer mit einem tiefen Misstrauen konfrontiert. Fundamentale rechtsstaatliche und administrative Reformen und für die überwiegend jugendliche Bevölkerung spürbare soziale und wirtschaftliche Fortschritte sind erforderlich, um den herrschenden Unmut zu beseitigen.

Kurzfristig wird sich der Protest der CAP 2015 wohl nicht in lang andauernden Protesten manifestieren. Der Präsident könnte dies als Gelegenheit erkennen, auf die politischen Gegner zuzugehen und damit die Karte der nationalen Versöhnung zu spielen. Für einen durchgreifenden wirtschaftlichen Aufschwung braucht das Land den Einsatz aller gesellschaftlichen Kräfte.

Ralf Wittek

Der Autor ist Auslandsmitarbeiter der Hanns-Seidel-Stiftung in Westafrika

Beitrag unter Mitarbeit von Hannah Fischer, Praktikantin im Büro der HSS in Accra, Ghana

IMPRESSUM

Erstellt: 21. Mai 2015

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2015

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzende: Prof. Ursula Männle, Staatsministerin a.D.,

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Dr. Susanne Luther, Leiterin des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: iiz@hss.de, www.hss.de